Antrag vom 20.11.2026
Eingang bei: L/OB
Datum: 20.11.2026

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
CDU
Betreff
Schulgewalt in Stuttgart: Wer die Ursachen nicht kennt, kann die Gewalt nicht bekämpfen!

Wir beantragen einen Bericht der Stadtverwaltung unter Einbeziehung des Staatlichen Schulamts Stuttgart, des Polizeipräsidiums Stuttgart, des Landeskriminalamts Baden-Württemberg beziehungsweise des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg sowie geeigneter externer Fachleute bis zum Ende des ersten Quartals 2027 im Jugendhilfeausschuss zu folgenden Fragen:

1.)
Welche Stuttgarter Schulen weisen besonders hohe Fallzahlen beziehungsweise Häufigkeiten von Gewaltvorfällen auf und sind somit als Gewaltschwerpunkte einzustufen? Wie haben sich die Fallzahlen an diesen Schulstandorten in den vergangenen fünf Jahren entwickelt, auch im Verhältnis zur jeweiligen Schülerzahl, und wie hoch ist dort jeweils der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund?

2.)
Lassen sich statistisch belastbare Zusammenhänge zwischen der Herkunft der Schülerschaft und der Häufigkeit von Gewaltvorfällen feststellen? Welche Erkenntnisse liegen über die Staatsangehörigkeit und den Migrationshintergrund der Tatverdächtigen vor, welche Auffälligkeiten ergeben sich daraus und wie sind diese unter Berücksichtigung der jeweiligen Schülerstruktur, sozialer Rahmenbedingungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse einzuordnen?

3.)
In welchem Umfang sind Lehrer an Stuttgarter Schulen von körperlicher Gewalt, Bedrohungen, Beleidigungen oder Einschüchterungen durch Schüler beziehungsweise deren Eltern betroffen? Wie haben sich die Fallzahlen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt und welche Erkenntnisse liegen zu den Tatverdächtigen vor?

4.)
Welche Erkenntnisse liegen den zuständigen Behörden über Gewaltvorfälle und körperliche Auseinandersetzungen zwischen Eltern an Stuttgarter Schulen vor? Werden solche Vorfälle statistisch erfasst, und liegen hierzu belastbare Zahlen oder anderweitige Erkenntnisse über das Ausmaß und die Entwicklung dieser Problematik vor? Welche Erkenntnisse liegen zum Migrationshintergrund der beteiligten Personen vor, und lassen sich diesbezüglich statistisch belastbare Zusammenhänge feststellen?

5.)
Welche Rolle spielen nach Einschätzung der zuständigen Behörden, insbesondere des Landeskriminalamts und des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, sowie externer Fachleute kulturelle Prägungen, familiäre Sozialisation, traditionelle Ehrvorstellungen, patriarchale Rollenbilder und religiöse Überzeugungen bei der Entstehung schulischer Gewalt? In welchem Umfang werden an Stuttgarter Schulen religiös begründete

Einschüchterung, Antisemitismus, gewaltbefürwortende Einstellungen oder die Ablehnung demokratischer Grundwerte festgestellt und wie werden entsprechende Vorfälle erfasst?

6.)
Welche Erkenntnisse liegen dem Landeskriminalamt beziehungsweise dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg zur islamistischen Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen und deren möglichen Auswirkungen auf das schulische Umfeld vor? Inwieweit sind entsprechende Entwicklungen auch an Stuttgarter Schulen festzustellen und welcher konkrete Präventionsbedarf ergibt sich daraus?

7.)
Welche vier Stuttgarter Schulen werden derzeit durch die Fach- und Beratungsstelle Gewaltfreie Schulkultur unmittelbar begleitet und nach welchen Kriterien wurden sie ausgewählt? Wie bewertet die Stadtverwaltung die Wirksamkeit der bisherigen Maßnahmen und welche zusätzlichen Schritte halten die beteiligten Behörden und externen Fachleute insbesondere an Schulen mit erhöhtem Gewaltaufkommen oder besonderen kulturellen beziehungsweise religiösen Konfliktlagen für erforderlich? Welche konkreten Schutzmaßnahmen, Strukturen und verbindlichen Handlungsabläufe bestehen, um Schüler, Lehrer und weitere Schulangehörige in solchen Fällen wirksam zu schützen, und wo sieht die Stadtverwaltung Verbesserungsbedarf?

Begründung:

Die Entwicklung der Gewalt an Stuttgarter Schulen ist alarmierend, wie das aktuelle Beispiel der Carl-Benz-Schule eindrücklich zeigt. Die Zahlen aus der Beantwortung unseres Antrags Nr. 0533/2026 „Zunahme von Gewalt an Schulen: Stuttgart muss reagieren“ sprechen eine deutliche Sprache: Zwischen 2021 und 2025 ist die Zahl der Straftaten mit Tatörtlichkeit Schule um 50 Prozent gestiegen, die Gewaltkriminalität sogar um 120 Prozent und die Zahl der Rohheitsdelikte um 177 Prozent. Hinter diesen Zahlen stehen Kinder und Jugendliche sowie Lehrer, für die Schule längst nicht mehr überall ein sicherer Ort ist.

Umso erstaunlicher ist, dass weder das Staatliche Schulamt noch das Polizeipräsidium Stuttgart nach eigenen Angaben über belastbare Daten verfügen, an welchen Schulstandorten sich Gewaltvorfälle häufen. Gleichzeitig berichtet die Stadtverwaltung in ihrer Vorlage 0867/2026, dass die Fach- und Beratungsstelle Gewaltfreie Schulkultur bereits vier Schulen unmittelbar begleitet, ohne diese konkret zu benennen. Wie soll Gewalt gezielt bekämpft werden, wenn offenbar nicht einmal bekannt ist, wo sich die Probleme konzentrieren?

Darüber hinaus erreichen uns immer wieder Berichte über einen zunehmend rauen Umgangston und ein angespanntes Klima unter den Eltern selbst. Konflikte zwischen Eltern eskalieren dabei offenbar teilweise so weit, dass es sogar zu Handgreiflichkeiten kommt

Für die CDU-Gemeinderatsfraktion steht fest: Wer der zunehmenden Gewalt wirksam begegnen will, muss endlich auch die Frage nach ihren Ursachen stellen. Dazu gehört auch eine Untersuchung möglicher Zusammenhänge zwischen Migration und schulischer Gewalt. Welche Rolle spielen der Migrationshintergrund, unterschiedliche Sozialisationserfahrungen, familiäre Prägungen und kulturelle Wertevorstellungen? Gibt es einen statistisch belastbaren Zusammenhang zwischen der migrationsbezogenen Zusammensetzung der Schülerschaft bzw. Elternschaft und der Häufigkeit von Gewaltvorfällen?

Ebenso wenig darf die Bedeutung religiöser Konflikte ausgeblendet werden. Antisemitismus, religiös begründete Einschüchterung, patriarchale Rollenbilder oder Ehrvorstellungen können das schulische Zusammenleben erheblich belasten. Auch die zunehmende islamistische Radikalisierung Minderjähriger über soziale Netzwerke, vor der Sicherheitsbehörden warnen, wirft Fragen für die schulische Präventionsarbeit auf. Ob und in welchem Umfang solche Entwicklungen an Stuttgarter Schulen tatsächlich eine Rolle spielen, muss klar dargelegt werden.

Wir erwarten deshalb eine umfassende Berichterstattung im Jugendhilfeausschuss, die neben der Entwicklung konkreter Gewaltschwerpunkte insbesondere mögliche Zusammenhänge mit Migration, Religion, kulturellen Prägungen und Wertevorstellungen aufzeigt. Hierzu sollen neben Stadtverwaltung, Staatlichem Schulamt und Polizei ausdrücklich auch externe Fachleute aus der Jugendgewaltforschung sowie das Landeskriminalamt und das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg einbezogen werden.

Gewaltprävention beginnt mit einer ehrlichen Ursachenanalyse. Nur wer weiß, wo Gewalt entsteht und welche Faktoren sie begünstigen, kann gezielte Lösungen entwickeln, um der zunehmenden Gewalt an unseren Schulen wirksam zu begegnen – sei es durch präventive Maßnahmen, konsequente Repression oder andere geeignete Ansätze.

gez.
Isabelle Weichselgartner
Beate Bulle-Schmid - stv. Fraktionsvorsitzende
Dr. Klaus Nopper
Bianka Durst
Dr. Markus Reiners

Anlage/n
Keine